Die Tagesneuigkeiten

Am Dienstagabend ist das Englandhilfegesetz in Kraft getreten. Das Repräsentantenhaus stimmte ihm mit 317 gegen 71 Stimmen zu. Hernach wurde es sofort von den Präsidenten des Senates, des Repräsentantenhauses und von Roosevelt unterzeichnet.

Roosevelt gab die Erklärung ab, daß nun sofort Kriegsmaterial in der Höhe von 7 Milliarden Dollars an England, Griechenland und China geliefert würden.

Die deutsche Luftwaffe hat zu wiederholten Malen London und Südengland schwer bombardiert.

Die britische Admiralität meldet die Versenkung eines vollbesetzten italienischen Truppentransportschiffes von 10,000 Tonnen im Mittelmeer.

Die Royal Air Force bombardierte die Stadt Tripolis. Am Quai und auf dem Flugplatz brachen schwere Brände aus.

In Istanbul explodierte in einem vornehmen Hotel, das hauptsächlich als Absteigequartier der Engländer diente, eine Bombe. Es gab Tote und Verletzte.

Zur Sicherung seiner Lebensmittelversorgung will Frankreich inskünftig nun seine Transporte von Kriegsschiffen eskortieren lassen. England und Amerika haben dagegen Protest erhoben.

In Litauen ist der ehemalige Ministerpräsident und Katholikenführer Dr. Vistras im Gefängnis gestorben.

britischen Handelsschiffen zwanzig mit einer Tonnage von 102,871 Tonnen, acht Schiffe mit 41,970 Tonnen und ein neutrales Schiff von 3197 Tonnen, zusammen also 29 Schiffe mit einer Gesamttonnage v. 148,038 Tonnen

Die Deutschen und Italiener behaupteten in der Berichtswoche 432,500 Tonnen Handelsschiffsraum versenkt zu haben. Nach einer Meldung der „United Preß" stellt dieser Verlust die dritthöchste wöchentliche Versenkungsziffer seit dem Anfang des Krieges dar.

„Graf von Barcelona" wartet auf den Ruf General Francos.

In Rom kamen 75 Angehörige des spanischen Adels zu einer Gedenkfeier für Alphons XIII. zusammen. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der Prinz von Asturien über seine Thronfolgerechte. Er gab bekannt, daß durch den Tod seines Vaters der Titel eines „Prinzen von Asturien" an ihn übergehe. Bis zum Zeitpunkt, in dem er zur legalen Funktion berufen werde, werde er den Titel eines „Grafen von Barcelona" führen. Er erinnerte daran, daß er sich 1937 General Franco zur Verfügung gestellt habe, um mit den spanischen Nationalisten kämpfen zu können. General Franco habe ihn damals ersucht, auf seinen Antrag zu verzichten, um sein Leben für die Schicksale des neuen Spaniens zu bewahren.

Ausland.

Amerikanischer Druck auf Irland.

Newyork, 11. März. „Newyork Daily News" berichtet aus Washington über einen wachsenden Druck der USA. auf die Regierung von Eire zur Ueberlassung von irischen Flottenstützpunkten an England.

USA. für eine Milderung der Blockade gegenüber Frankreich.

Cordell Hull gab dem französischen Botschafter Haye bekannt, daß er sein Begehren und seinen Protest bei den englischen Behörden unterstützen werde. Wie erinnerlich hatte der französische Botschafter dem amerikanischen Staatssekretär mitgeteilt, wie ungerecht sich die britische Blockade auswirke. Sie habe den französischen Kindern ungefähr 300 Tonnen Haferflocken und 300 Tonnen Mehl entzogen.

Eine Armee von Zensoren.

Aus Hamilton auf den Bermudainseln teilt die „Canadian Preß" mit, daß die Zahl der ursprünglich zwölf Zensoren in Bermuda auf 70 männliche und weibliche Zensurbeamte angewachsen sei, welche die Post und die Passagiere der Clipperflugzeuge sowie der Schiffe untersuchen.

Neueste Meldungen.

Die amerikanische Hilfe für England.

Washington, 12. März. Zur Stunde, da sich das Repräsentantenhaus zur entscheidenden Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz versammelte, waren die Tribünen und die Diplomatenlogen bis auf den letzten Platz gefüllt. Ganz Washington stand unter dem Eindruck entscheidender Stunden für Amerika.

Als erster sprach der Führer der Opposition. Er führte aus: „Wir haben einen Schritt unternommen, dem nichts in der Geschichte der Vereinigten Staaten gleichgestellt werden kann. Wir stehen jetzt vor der endgültigen Entscheidung einer Gesetzesvorlage von historischer Bedeutung, und ich möchte betonen, daß, ganz gleich, welche Auffassungen wir vertreten haben, das Ergebnis dieser Abstimmung unsere vollste Förderung erfahren wird. Lassen Sie mich zum Ausdruck bringen, daß wir in voller Freiheit einig zusammenstehen, einig in einem Lande, in dem wir, Gott sei gelobt, über große Probleme debattieren und unserem Gewissen und unserer Ueberzeugung frei dienen können. Wenn aber die Entscheidung gefallen ist, so akzeptieren wir das Verdikt der Majorität. Wir sind eine geeinte Nation, unerschütterlich und entschlossen, daß der wahre demokratische Glaube nicht von dieser Erde verschwinden soll."

Die Abgeordneten erhoben sich nach dieser Erklärung von ihren Sitzen und jubelten dem Sprecher Minuten lang zu. In dieser Atmosphäre kam es zur Endabstimmung, die 317 Stimmen für u. 71 gegen die Gesetzesvorlage ergab. Das Ergebnis fand begeisterte Aufnahme.

Roosevelt unterzeichnet das Ermächtigungsgesetz.

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Wallace, unterzeichnete darauf das Gesetz und rief dann dem Sekretär Roosevelts, Early, im Weißen Haus telephonisch an, mit der Anfrage, wann Präsident Roosevelt die Unterzeichnung des Gesetzes vornehmen wolle. Early antwortete: „Sobald und so schnell Sie die Vorlage herübersenden können."

Fünfzehn Minuten darauf, um 21.52 Uhr, (Mitteleuropäische Zeit) unterzeichnete Roosevelt das Gesetz, das damit sofort in Kraft trat.

Roosevelt erklärte: „Die größte industrielle Nation der Welt ist nun zum Arsenal der Demokratien geworden, und mit dem ersten Transfer verfügbaren Kriegsmaterials der amerikanischen Armee und Flotte nach England und Griechenland beginnt die Quelle der amerikanischen Versorgung zu fließen, die zu einem mächtigen Strom unaufhaltsam anschwellen wird." Roosevelt unterzeichnete dann eine Liste von Armee- und Flottenmaterial, das unverzüglich nach England und Griechenland geliefert werden soll.

Am Donnerstag wird im Kongreß das Ersuchen des Präsidenten um einen Kredit von 7 Milliarden Dollar für Aufrüstungszwecke vorgelegt werden, das die höchste Kreditforderung darstellt, die jemals in Friedenszeiten in den Vereinigten Staaten verlangt worden ist. Präsident Roosevelt wird noch im Laufe dieser Woche zur amerikanischen Nation sprechen.

Bombenanschlag auf den Gesandten Rendel.

Konstantinopel, 12. März. (United Preß.) Unmittelbar nach der Ankunft des britischen Gesandten Rendel aus Sofia explodierten Dienstagabend im Palace-Hotel, wohin sich Rendel mit seinem Gesandtschaftspersonal begeben hatte, zwei Bomben, die schweren Schaden anrichteten. Durch die Explosion wurden drei Personen getötet und eine Anzahl weiterer Personen verletzt. Rendel selbst wurde nicht getroffen.

Amtliche Inventarisation in Todesfällen

Durch Verfügung der eidgen. Finanz- und Zolldepartemente vom 21. Dez. 1940 ist die amtliche Inventarisation bei Todesfällen eingeführt worden. Ueber diese eintretende Neuerung referiert zurzeit Herr Dr. Rigoleth, Vorsteher der kantonalen Steuerverwaltung, im Kreise der neu ernannten Inventarisationsbeamten, an verschiedenen Orten unseres Kantons. Im Vortrag wird der Zweck der amtlichen Inventaraufnahme eingehend erläutert und Weisungen über die Vorbereitung, das Vorgehen, das Verfahren, die Folgen u. a. m. gegeben. Die amtliche Inventarisation räumt radikal auf mit den bequemen Steuergewohnheiten der guten alten Zeit. Begreiflich, daß dem Steuersünder ein leichter Schreck durch die Knochen fährt. — Durch die Aufnahme des amtlichen Inventars soll dem unredlichen Versteuern ein Ende bereitet werden.

Wie geht das Verfahren vor sich? — Die Inventaraufnahme ist durchzuführen beim Tode von natürlichen Personen. Die Aufnahme über den Vermögensbestand hat in der Regel zwischen dem 4. und 6. Tage nach Eintritt des Todes stattzufinden. Das Zivilstandsamt meldet den Tod unverzüglich dem Steueramt. Dieses macht sich darüber schlüssig, ob ein steueramtliches Inventar aufzunehmen sei oder nicht. Das ist stets zu bejahen, „wenn nach den Umständen nicht anzunehmen ist, daß der Verstorbene kein wehrpflichtiges Vermögen besaß". Sind in diesem Sinne die Voraussetzungen der Inventarisation gegeben, so ist es Sache der Gemeinde-Inventarisationsstelle, die mit der Aufnahme zusammenhängenden Maßnahmen vorzukehren und durchzuführen. Besteht Gefahr, daß Teile des Nachlasses durch Beiseiteschaffung von Vermögensgegenständen, Geschäftsbüchern, Belegen und Dokumenten der Inventarisation entzogen werden, so hat allen Maßnahmen vorgängig Siegelung des Nachlasses stattzufinden. Die anwesenden Erben oder Vermögensverwalter sind dem Inventarisationsbeamten zur Auskunftgabe verpflichtet und haben auf sein Verlangen alle Räumlichkeiten, Fächer und Behältnisse in der Wohnung und in den Geschäftsräumen des Verstorbenen sowie bei Dritten, in deren Gewahrsam sich Vermögensgegenstände desselben befinden, zu öffnen. Bei Weigerung kann polizeiliche Hilfe beigezogen werden. Verletzung der Auskunftspflicht wird mit Fiskalbuße, Beschädigung des Siegels als Siegelbruch nach kantonalem Strafrecht geahndet.

Wie man sieht, greift das Räderwerk der amtlichen Inventarisation tief in die privaten Verhältnisse ein, um allfällige verborgene steuerliche Goldkörner ans Licht zu befördern. Wer ein gutes Steuergewissen hat, braucht nicht zu zittern.

Stand der Beschäftigung.

K. G. Die unter Führung der Bundesbehörden eingeleitete Steigerung der Inlandproduktion hat weitgreifende Auswirkungen auf unseren Arbeitsmarkt. Es hat eine ähnliche Entwicklung eingesetzt, wie sie nach 1936 in Deutschland eingetreten ist. An Stelle der Arbeitslosigkeit tritt in wichtigen Wirtschaftszweigen ein Mangel an Arbeitskräften. Durch die Verschärfung der Einfuhrschwierigkeiten und den steigenden Rohstoffmangel drohte seit dem letzten Herbst eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit. Dank der äußersten Anstrengungen d. maßgebenden Kreise konnte jedoch der Geschäftsgang auf einem verhältnismäßig hohen Stand gehalten werden. Die Zahl der ganz Arbeitslosen bewegte sich vom Mai bis November 1940 zwischen 6100 und 12,600. Während 9 Monaten war die Arbeitslosenzahl niedrig. Erst die Kälte des Dezembers brachte durch die Einstellung von Arbeiten im Freien eine Steigerung der Arbeitslosenzahl auf 22,800. Im Januar 1941 waren noch 21,000 Ganzarbeitslose angemeldet. Die Zunahme trat beinahe ausschließlich im Baugewerbe und den damit zusammenhängenden Gewerben ein. Mit einer solchen Steigerung der Arbeitslosigkeit während des Winters ist jedes Jahr, auch in Friedenszeiten, zu rechnen. Die Arbeitslosenversicherungen wurden in erster Linie geschaffen, um bei der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit zu helfen.

In den wichtigsten Industrien hat die Arbeitslosigkeit trotz des Rohstoffmangels und der Schwierigkeiten des Außenhandels nicht oder nur wenig zugenommen. Nach der neuen Erhebung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit ist die Zahl der gut beschäftigten Industrieunternehmungen seit dem Sommer gestiegen. Ein guter Geschäftsgang wurde festgestellt in der Metallindustrie, der Woll-, Baumwoll- und Leinenindustrie, dem Bekleidungsgewerbe, sowie der Papier- und Lederindustrie. Ein Drittel der Arbeiter der an der Erhebung beteiligten Firmen erhält bereits Lohnerhöhungen. Ein großer Teil der übrigen Industrien ist noch befriedigend beschäftigt u. konnte von Arbeitseinschränkungen absehen. Die Industrie hat sich offenbar weitgehend auf die vermehrte Deckung des Inlandbedarfes umgestellt. Der Rückgang der Einfuhr von Fabrikaten hat dazu geführt, daß die Inlandindustrie für den Ausfall ausländischer Waren aufkommen muß, soweit das mit vorhandenen Rohstoffen möglich ist. Der Export blieb vom Mai bis August 1940 auf dem tiefsten Stand. Dann traten Erhöhungen ein bis auf einen Exportwert von 134 Millionen Fr. im Dezember 1940. Im Januar 1941 erfolgte ein Rückschlag auf 100 Mill. Fr. Die Exportsteigerung beruht teilweise auf der ständig zunehmenden Verteuerung. Wichtige Exportzweige konnten jedoch auch ihre Exportaufträge steigern. Es fehlt, außer bei der Luxusindustrie, nicht an Absatzmöglichkeiten, wenn die nötigen Rohstoffe zur Verarbeitung zur Verfügung stehen.

Jedes Frühjahr bringt durch das Einsetzen der Bautätigkeit einen Rückgang d. Arbeitslosigkeit. In den kommenden Monaten wird jedoch rasch ein Mangel an Arbeitnehmern eintreten. Den Bauernfamilien ist es nicht möglich, den geforderten Mehranbau mit eigenen Kräften durchzuführen. Die Abteilung Landwirtschaft des Eidgen. Volkswirtschaftsdepartements verlangt in den Monaten der stärksten Beanspruchung der Landwirtschaft die Heranziehung von 40,000 weiteren Arbeitskräften, die aus anderen Berufen und aus der schulentlassenen Jugend gestellt werden müssen. Es soll zugleich ein großes Bodenverbesserungsprogramm sofort verwirklicht werden, das weit über 10,000 Arbeitnehmer benötigt. In der Landwirtschaft ist ferner eine ausgedehnte Bautätigkeit nötig, um die größeren Ernten unter Dach zu bringen. Die Bauarbeiter werden somit auf dem Lande Arbeit genug finden. Die 10—20,000 Arbeitslosen reichen für diese Aufgaben bei weitem nicht aus. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Armee vom Frühjahr bis zum Herbst Bauern und landwirtschaftliches Personal weitgehend beurlauben wird und dafür die Truppen aus den Städten und Industriezentren auf längere Zeit aufbieten muß.

Diese Entwicklung führt zu einer völligen Umwälzung auf dem Arbeitsmarkt. Der Bundesrat hat einen Beschluß über den Arbeitseinsatz zur Erfüllung dieser gewaltigen Aufgaben gefaßt. Jeder Mitbürger muß sich dabei bewußt sein, daß alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen, um durch möglichst weitgehende Ausdehnung der Eigenversorgung die Unabhängigkeit unseres Landes zu schützen.

Unsere Zuflucht bei Maria.

Aus der Not der Zeit ruft eine mächtige Stimme, die die Stimme Gottes ist, uns Menschen zu: Orate Fratres — Betet Brüder! Uns Menschen ist es eindeutig zum Bewußtsein gekommen, daß menschliche Kraft den Frieden nicht mehr verschaffen kann. Darum gibt es heute nur mehr eines — und das muß in immer weitere Volkskreise dringen — daß das Gebet heute die größte Friedensarbeit ist, die getan werden kann. Beter leisten heute mehr für das wahre Wohl und für den Frieden der Menschheit, als alle Organisatoren u. Redner und Abgeordneten. Friedenskonferenzen haben versagt. Ihr Ende war der grausamste Krieg. Die Großen der Welt reden wieder von gewaltigen Ereignissen, die im kommenden Frühling die Entscheidung bringen sollen. Mit tausend Stimmen und mit flehendem Herzen müssen wir wieder den Heiland rufen. Aber er kommt durch Maria. Darum haben die Päpste bei allen Kriegen immer aufgerufen zum Rosenkranzgebet. Denn der Rosenkranz ist das Gebet der streitenden Kirche.

Die Geschichte alter und neuer Zeit berichten, wie von einzelnen sowohl wie öffentlich die allerseligste Jungfrau angerufen und ihr Gelöbnisse gemacht wurden, wie aber auch durch sie ihnen Hilfe kam und Gott ihnen Ruhe und Frieden schenkte. Darum die Ehrennamen, die Maria erhalten hat: Helferin der Christen, Maria von der immerwährenden Hilfe, Maria vom Troste, Kriegsmächtige, Maria vom Siege, Maria vom Frieden. — Papst Leo XIII. hat eine ganze Reihe prächtiger Rundschreiben über das Rosenkranzgebet an die Christenheit gerichtet. Papst Pius XI. schrieb vom Rosenkranz, er sei die sicherste Rettung aus der Not der Zeit, die mächtigste Waffe zur Abwehr der Feinde und zur Erlangung des Friedens.

Wunderbar und schön schrieben hl. Kirchenlehrer von Maria, der Mittlerin aller Gnaden, auch der des Friedens. Der hl. Bernhard nennt sie unsere Mittlerin, der hl. Tharasius die Wiederherstellerin des ganzen Erdkreises, Bringerin göttlicher Gnaden. Der hl. Cyrill schreibt tiefbewegt: Durch Maria haben die Apostel den Völkern das Heil gepredigt, durch sie auf der ganzen Erde das kostbare Kreuz gepriesen und angebetet, durch sie werden die Dämonen vertrieben. Wenn in der ganzen Geschichte unserer Kirche Maria sich als die mächtige Helferin erwiesen hat, dann ist sie es auch in unserer drangvollen Zeit. In Angst und Not ergreifen wir bei Ihr unsere Zuflucht. Denn sie ist unsere starke Frau.

J. H.

„Die Grüne".

In unserem Lande ist nicht nur die politische, sondern auch die landwirtschaftliche Fachpresse gut vertreten, und an Belehrung, besonders in der heutigen Zeit, ist kein Mangel. In der Reihe der landwirtschaftlichen Blätter nimmt „Die Grüne", die im 69. Jahrgang erscheint, einen besonderen Platz ein: sie ist die Fachzeitschrift für die schweizerische Landwirtschaft. Die Redaktion (Dr. F. T. Wahlen und O. Sturzenegger) versteht es, sich mit Geschick den ständig wechselnden Bedürfnissen unserer Zeit anzupassen. Alle Betriebszweige sind sozusagen ausschließlich nach der betriebs- und anbautechnischen Seite hin berücksichtigt. Nach der Sondernummer 7 über den Anbau bringt auch das Heft Nr. 8 mehrere sehr interessante Beiträge mit Bildern über dieses aktuelle Problem. Probehefte kostenlos durch den Verlag „Die Grüne", Postfach Bahnhof, Zürich 1.